

Nachhaltigkeit ja, mehr Bürokratie nein

Die von der EU geplanten neuen Berichtspflichten für Unternehmen schaden dem Klimaschutz mehr, als sie ihm nutzen, kritisiert **Rainer Kirchdörfer**.



Stiftung Familienunternehmen / Marco Urban [M]

Nachhaltigkeit ist längst für die meisten Unternehmen ein wichtiges Thema. Noch nicht überall herumgesprochen haben sich aber die Pläne der EU-Kommission, das Thema mit sehr weitgehenden zusätzlichen Berichtspflichten zu verbinden. Allein in Deutschland müssen 15.000 Unternehmen mit neuen oder erweiterten Anforderungen zur Nachhaltigkeitsberichterstattung rechnen. Ihnen droht eine Bürokratiewelle.

Bislang waren lediglich 500 deutsche Unternehmen zur „nichtfinanziellen Berichterstattung“ verpflichtet. Die künftige Nachhaltigkeitsberichterstattung erhöht ihre Zahl um den Faktor 30. Die Kommission hat ihren Richtlinienvorschlag zur Nachhaltigkeitsberichterstattung bereits vor einigen Monaten vorgelegt. Schon in der ersten Jahreshälfte 2022 soll die Gesetzgebungsarbeit im Europäischen Rat und im Straßburger Parlament abgeschlossen werden – ein für EU-Verhältnisse rekordverdächtiges Tempo.

Nach dem jetzigen Zeitplan wird die neue Berichtspflicht-Richtlinie Ende Juni im Amtsblatt der EU stehen. Den nationalen Gesetzgebern bleiben dann nur noch wenige Monate für die Umsetzung in den Mitgliedstaaten. Denn die Daten für die künftigen Berichte sollen schon ab dem 1. Januar 2023 erhoben werden. Dabei sind viele technische Details noch unklar, die Richtlinie versucht auch gar nicht, sie zu klären.

Dass soll ein privatrechtlich organisiertes Gremium tun, die European Financial Reporting Advisory Group. Bislang ist sie lediglich bei der Übernahme der International Financial Reporting Standards in Erscheinung getreten. Die neue Aufgabe des Beratergremiums soll darin bestehen, die erforderlichen technischen Standards zu erarbeiten, die dann von der EU-Kommission in einem vereinfachten Verfahren in Kraft gesetzt würden.

Künftig sollen nicht mehr nur kapitalmarktorientierte Unternehmen, also in der Regel börsennotierte Konzerne, der Richtlinie unterliegen. Die erweiterte Berichtspflicht gilt den Planungen zufolge vielmehr für alle Unternehmen, die mehr als 250 Beschäftigte haben, eine Bilanzsumme von mindestens 20 Millionen Euro ausweisen oder einen Jahresumsatz von mehr als 40 Millionen Euro erzielen. Typischerweise werden so vor allem auch Familienunternehmen verpflichtet sein, Nachhaltigkeitsberichte vorzulegen.

Die Unternehmen müssen dann eine ganze Reihe von Fragen beantworten: Wie läuft die

Energieversorgung? Sinken die CO₂-Emissionen? Welche Wasserressourcen werden wie genutzt? Neben den Umweltfaktoren spielen aber auch Sozialfaktoren wie Chancengleichheit, Geschlechtergerechtigkeit, Lohngleichheit sowie die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben eine Rolle. Hinzu kommen Fragen nach der Governance der Unternehmen, ihren Produkten, Geschäftsbeziehungen und Wertschöpfungsketten.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Gerade Familienunternehmen stehen für nachhaltige Geschäftsmodelle. Sie nehmen die Klimakrise sehr ernst und wissen, dass nicht nur Verbraucher, sondern auch Geschäftspartner zunehmend Auskunft darüber verlangen, was etwa Lieferanten in Sachen Nachhaltigkeit tun. Entsprechende Nachweise werden im Wettbewerb immer wichtiger. Nachhaltigkeit ist nicht zuletzt auch immer häufiger ein Thema bei Verhandlungen mit Banken und Investoren.

Gerade deshalb aber ist von entscheidender Bedeutung: Die EU-Standards müssen in der Praxis handhabbar sein. Aus Sicht der Familienunternehmen ist die EU aber gerade dabei, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Denn die geplante neue Richtlinie schafft nicht mehr Klimaschutz, sondern vor allem kostspielige Bürokratie und überbordende Offenlegungspflichten.

Der Nachhaltigkeitsbericht soll Teil des Lageberichts werden und von Wirtschaftsprüfern kontrolliert werden. Das heißt: Es werden nicht nur neue Dokumentationspflichten eingeführt, die Unternehmen müssen darüber hinaus auch zusätzliche Prüferhonorare bezahlen. Die Verantwortung für die Einhaltung der neuen Nachhaltigkeits-Berichtspflichten tragen Vorstand und Aufsichtsrat.

Die EU-Kommission selbst geht europaweit von 49.000 betroffenen Unternehmen aus. Ihnen sollen Einführungskosten von 1,2 Milliarden Euro und danach jährliche Kosten von 3,6 Milliarden Euro entstehen. Tatsächlich dürfte das wohl nur die Untergrenze der finanziellen Zusatzbelastung sein. Für die betroffenen Unternehmen bedeutet das einen Mehraufwand von im Schnitt rund 100.000 Euro. Das ist kein Pappenstiel!

Ein Familienunternehmen mittlerer Größe hat berechnet, was die Pläne in der Praxis bedeuten würden: Der Betrieb müsste eine neue Vollzeitstelle schaffen, um der Berichtspflicht genügen zu können. Hier bestätigt sich einmal mehr die europäische Neigung zur Überregulierung. Ziel muss es stattdessen sein, mit möglichst vielen technologischen Innovationen den Klimaschutz voranzubringen. Mehr Dokumentations-

pflichten sind dafür kein probates Mittel. Denn die Erfahrung zeigt: Zusätzliche Controller bringen in puncto Nachhaltigkeit keinen Fortschritt.

Gerade weil den Familienunternehmen der klimaschonende Umbau der Wirtschaft wichtig ist, schalten sie sich in die umweltpolitischen Debatten ein. Die 500 größten Familienunternehmen in Deutschland sind durchschnittlich 100 Jahre alt. Sie können mit Fug und Recht für sich in Anspruch nehmen zu wissen, wie nachhaltiges Wirtschaften funktioniert. Es ist auch in ihrem Sinne, dass die Politik eine zukunftsorientierte Unternehmensführung fördert.

Das aber muss gelingen, ohne neue Papiertiger zu schaffen. Bleibt es bei den Plänen der EU, verkommt die Nachhaltigkeitsberichterstattung zum Beschäftigungsprogramm für Berater. Wirtschaftsprüfer und Kommunikationsagenturen wittern bereits das große Geschäft. Die Zeche müssten die Unternehmen zahlen. Die würden das Geld lieber in sinnvolle Maßnahmen zum Schutz der Umwelt investieren. Der Bedarf dafür ist riesig.

Das Fraunhofer-Institut kommt zu dem Schluss: In wichtigen Umweltbranchen sind Familienunternehmen die „Greentech-Champions“. Die industrielle Transformation aber kann nur gelingen, wenn Familienunternehmen wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen vorfinden. Schon jetzt zählt Deutschland zu den Ländern mit sehr viel Bürokratie. Hier sind Entlastungen statt neuer Belastungen notwendig.

Großes umweltpolitisches Potenzial gibt es fraglos im Bereich der Kreislaufwirtschaft, die der Richtlinienentwurf in die Berichtspflicht mit einbezieht. Obwohl die Gesetzgebung in diesem Bereich derzeit noch erheblichen Spielraum lässt, sind viele Familienunternehmen aus eigenem Antrieb längst dabei, ihren Abfall zu verringern und sich verstärkt um mehr Recycling zu kümmern. Hier kann Brüssel mit einheitlichen Standards den Umbau zu einer kreislauforientierten Wirtschaft fördern.

Insgesamt sollte die EU-Kommission bei der Umsetzung ihres Green Deal aber stärker darauf achten, nicht an der betrieblichen Realität vorbei zu planen. Sonst wird die Transformation zu einer klimaschonenden Wirtschaft nicht gelingen.



Die geplante neue Richtlinie schafft nicht mehr Klimaschutz, sondern vor allem kostspielige Bürokratie und überbordende Offenlegungspflichten.

Der Autor

Rainer Kirchdörfer ist Vorstand der Stiftung Familienunternehmen und Politik.